

Medienmitteilung vom 18. Januar 2013

Der Kanton muss wirksame Steuerungsinstrumente haben Das überarbeitete Spitalversorgungsgesetz geht in die falsche Richtung

Die Grünen nehmen mit gemischten Gefühlen von der überarbeiteten Vorlage des Spitalversorgungsgesetzes Kenntnis. Mit der Auslagerung der Psychiatrie aus der Kantonsverwaltung, dem Verzicht auf eine Investitionsplanung und auf einen Vergütungsbericht sowie den Variantenanträgen bei der Ausgleichsabgabe und der Volumensteuerung verzichtet der Kanton auf nötige Steuerungsinstrumente für den kostendynamischen Spitalbereich. Das ist sachlich fahrlässig und bedauerlich. Immerhin ist aufgrund der Einigung am "Runden Tisch" eine Behandlung der Vorlage im Grossen Rat möglich.

Der Spitalbereich ist ein Politikbereich mit einer enormen Kostendynamik. Wenn der Kanton Bern nicht jede beliebige Kostenentwicklung hinnehmen will, braucht er Steuerungsinstrumente, um auf die Spitäler sowie die Preis- und Mengenentwicklung Einfluss nehmen zu können. Mit der im Sommer 2012 in die Vernehmlassung geschickten Vorlage wäre eine solche Steuerung im Interesse der Patientinnen und Patienten sowie der Steuerzahler/innen möglich gewesen. Die Grünen erachten es als unverständlich, dass die bürgerlichen Parteien nicht bereit sind, dem Regierungsrat diese nötigen Instrumente zu geben.

Die heute präsentierte, angepasste Vorlage ist zwiespältig zu beurteilen. Einerseits ermöglicht der Regierungsrat mit seinen Anpassungen eine Behandlung des Spitalversorgungsgesetzes im Grossen Rat und verhindert eine Rückweisung. Andererseits werden mit den Anpassungen zahlreiche Instrumente preisgegeben, welche für eine wirksame Steuerung des Spitalwesens nötig sind. Mit der geplanten Auslagerung der Psychiatrie verliert der Kanton an Einfluss auf die Psychiatrieversorgung; mit dem Verzicht auf die Investitionsplanung und den Vergütungsbericht wird auf die Schaffung wirksamer Instrumente verzichtet.

Die Grünen bedauern diese Anpassungen, welche nicht im Interesse des Kantons Bern, der Patientinnen und Patienten sowie der Steuerzahler/innen sind. Angesichts des strukturellen Defizits im Kantonshaushalt von bis zu 400 Mio. Franken ist es ganz besonders unverständlich, auf die Schaffung solcher Steuerungsinstrumenten zu verzichten.

Die Grünen werden sich im Grossen Rat dafür einsetzen, dass die Kosten- und Mengenentwicklung im Gesundheitswesen nicht einfach dem Markt bzw. den Spitälern überlassen wird, sondern die Politik die dringend nötigen Steuerungsmöglichkeiten erhält.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Grossrat, Tel. 079 263 47 68